

# Rechenschaftsbericht der *BmU* e.V. 2017/2018

<b>1. Entwicklungen in der Fraktion und im Verein</b>	<b>1</b>
1.1. 30 Jahre BmU – Wofür stehen wir?	2
1.2. Motivation zum Beitritt und zur Mitarbeit	3
<b>2. Die Themen für die BmU 2017/2018 – Die Arbeit der Ratsfraktion</b>	<b>5</b>
2.1. Thema Finanzen	5
2.2. Thema Stadtentwicklung, Fernwärme und Verkehr	8
2.3. Thema Kinder und Familie	11
2.4. Thema Schule	12
2.5. Thema Umwelt	15
2.6. Thema Soziales	16
<b>3. Wir wollen auch in Zukunft noch viel bewegen</b>	<b>17</b>

## **1. Entwicklungen in der Fraktion und im Verein**

Mit Monika Hustädt und Gerd Paulus musste die BmU-Fraktion 2017 zwei langjährige und erfahrene Ratsmitglieder aus gesundheitlichen Gründen verabschieden. Beiden gelten unser herzlichster Dank und die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlbefinden.

Auch haben sich einige Mitglieder aus Alters- und Gesundheitsgründen aus dem Verein zurückgezogen. Oder einige sind gar verstorben, diesen wollen wir gedenken.

Es zeigt sich, dass es jetzt wieder an der Zeit ist, dass sich Neue, egal welchen Alters, anschließen und wir gemeinsam diese Arbeit u.a. bei der Kommunalwahl 2020 fortsetzen. Und auch die aktuelle Arbeit der Fraktion im Rat möchten wir durch weitere Sachkundige Bürger in den Ausschüssen ergänzen, interessierte Bürgerinnen und Bürger sind uns immer willkommen.

Daher haben wir zu unserem 30. Geburtstag eine Broschüre herausgebracht, die einerseits die Arbeit der BmU seit 1988 reflektiert und andererseits den Blick nach vorne wirft und unter dem Motto „**Wir können Erkrath - Sie auch!**“ um neue Mitglieder und Mitarbeiter wirbt.

## 1.1. 30 Jahre BmU - Wofür stehen wir?

Gegründet in der Zeit des erfolgreichen Kampfes um den **Erhalt der Bruchhauser Feuchtwiesen** sind der **verantwortungsvolle Umgang mit unserer Umwelt und der nachhaltige Schutz unserer Natur** wesentliches Ziel der *BmU*. So haben wir 1988 den ersten Erkrather Umweltag ins Leben gerufen und seit Jahren die **undichte Deponie Hubbelrath** sowie die **Luftschadstoffe** kritisch im Blick. Aktuell haben wir das **Insektensterben** auf die Erkrather Agenda gesetzt.

Auch der Lebensraum des Menschen muss geschützt werden, daher haben wir stets **Tempo 30 an kritischen Stellen** und die **Lärmaktionspläne** unterstützt. Lärm macht krank. Wir wollen die **Realisierung des Radverkehrskonzeptes**, auch um unsere Luft innerstädtisch zu verbessern.

Wichtig war und ist der *BmU* das **klare Nein zur durch Erkrath verlaufenden Kohlenstoffmonoxid-Pipeline** und die Unterstützung des bürgerschaftlichen Widerstandes. Zwar sprechen sich auch die Parteien in Erkrath gegen die CO-Pipeline aus, im Landtag haben aber weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb das zugrundeliegende Enteignungsgesetz gekippt.

Damit Erkrath handlungsfähig bleibt, setzen wir uns für eine **sparsame öffentliche Haushaltsführung** ein, ohne jedoch auf dringende Daseinsvorsorge zu verzichten. Wir haben die Stadtentwicklung vorangetrieben, indem wir ein **Konzept zur Entwicklung unserer Stadt** durchgesetzt haben.

Dieses Stadtentwicklungskonzept war Voraussetzung zur **Erschließung weiterer Fördermittel** durch das Land NRW in Millionenhöhe, auch des Förderprogrammes „Soziale Stadt“.

Auf der Ratsebene, sowie besonders wirkungsvoll auch im Hintergrund, hat sich die *BmU* für die **Ansiedlung wichtiger Investoren** und somit guter Gewerbesteuerzahler eingesetzt.

Wir unterstützen seit Jahren den **kontinuierlichen Ausbau der Kinderbetreuung in Tagespflege, Kindertagesstätten und Offener Ganztagschule (OGS)**. Auf unsere Initiative geht die Aktualisierung des Tagesstättenbedarfsplanes zurück sowie die Möglichkeit der Online-Anmeldung für Tagesstätten. Das **Babybegrüßungspaket**, die „**Noteingänge**“, der **Jugendstadtrat** oder die jüngste Initiative „**Jedes Kind in Erkrath soll schwimmen können**“ gehen auf die Aktivitäten der *BmU* zurück. Wir stehen dafür ein, unsere **Schulen** zu **fördern** sowie den Sanierungsstau schneller abzubauen. An der Erarbeitung der **Schulwegepläne** (für sicherere Schulwege) in den Stadtvierteln waren Mitglieder der *BmU* führend beteiligt.

Wir waren die Ersten, welche die ungerechten **Fernwärmepreise** angeprangert haben, und welche die Themen **Breitbandausbau** und **Freies WLAN** ins Rathaus getragen haben. Aktuell wollen wir, dass Erkrath über die Stadtwerke zudem fit für die **E-Mobilität** wird, im öffentlichen und privaten Raum muss die nötige Infrastruktur ermöglicht werden.

Wir haben durch unsere Anträge früh dafür gesorgt, dass das **Ordnungsamt personell deutlich aufgestockt** wurde und dass es die ordnungsbehördliche Verordnung gibt, damit gegen Verschmutzungen u.a. eingeschritten werden kann.

Dass zunächst der **Unterausschuss Feuerwehr** gegründet und dann zu einem selbstständigen Ausschuss gemacht wurde, ging auf unsere Initiative zurück. Wir forderten **Maßnahmen zur Korruptionsvorbeugung** und haben dafür gesorgt, dass ein **Ratsinformationssystem** für Transparenz sorgt. Auf unsere Initiative gehen zudem die **Erkrather Ehrenamtskarte** und die gemeinsame Erklärung der Ratsfraktionen zur Flüchtlingsaufnahme in unserer Stadt 2015 zurück.

Wir kümmern uns und haben u.a. **diverse Unterschriften- und Umfrageaktionen** durchgeführt, um die Bürgerbelange einzubringen, u.a.:

- Antrag zur Gründung der Grundschule in Kempen,
- Erarbeitung von Alternativen zur Fernwärmeversorgung,
- zum Erhalt des Bayerparks,
- zur Pünktlichkeit bzw. Qualität der S-8,
- zum Thema „Saubere Stadt“,
- aktuell zur Spielplatzsituation und Kinderbetreuung,
- sowie die Website [www.erkrath-spart.de](http://www.erkrath-spart.de).

**Ohne den Einsatz und die Stimmen der *BmU* hätte es Vieles von dem Genannten nicht gegeben.**

Zudem steht die BmU für größtmögliche Offenheit. Unsere Arbeit und unsere Finanzierung sind transparent.

Alle Spender (ab 100€) werden mit Namen veröffentlicht, das macht uns (leider) keine Partei nach. Wir finanzieren uns nur aus Spenden, hauptsächlich durch unsere eigenen Ratsmitglieder, die einen Großteil ihrer Aufwandsentschädigung spenden. Unsere Fraktionssitzungen sind öffentlich (wir bitten wegen variierender Anfangszeiten um Rücksprache) und unsere Rechenschafts- sowie Finanzberichte sind online unter [www.bmu-erkath.de](http://www.bmu-erkath.de) abrufbar.

## **1.2. Motivation zum Beitritt und zur Mitarbeit**

Wir fragen die Erkrather Bürgerinnen und Bürger mit der Broschüre:

Was können wir aus der Vergangenheit in die Zukunft übernehmen?

Wo sollen wir uns neu aufstellen?

Was ist Ihnen wichtig, wenn Sie an unsere Stadt denken?

Haben Sie Interesse zu diskutieren, was in Erkrath passieren soll und wofür Geld ausgegeben wird? Wie können wir auch Sie überzeugen, dass es sich lohnt, sich für Erkrath einzusetzen?

Liegt Ihnen Ihre Stadt auch am Herzen?

Wir rufen dazu auf: „Seien Sie näher dran an der Politik in Erkrath, probieren Sie es aus, gestalten und entscheiden Sie mit: Machen Sie mit in unserer

### Wählergemeinschaft – unabhängige Politik für unsere Stadt.“

Gerade in den Zeiten von Rechtspopulismus, Brexit, Donald Trump usw. zeigt sich, dass es auch immer wieder neue interessierte und engagierte Bürger braucht, um auch weiterhin sachlich und weitblickend Politik zu machen.

Die BmU bietet mit ihrem Verein die Möglichkeit zu einer interessanten und wichtigen Mitarbeit in der Erkrather Politik.

- Als passives Mitglied unsere Arbeit unterstützen und gut informiert sein.
- Durch praktische Hilfen: z.B. bei Informationsständen, Kleben von Plakaten, Erstellen und Verteilen von Veröffentlichungen, Teilnahme an unserer Karnevalsgruppe...
- Besuch unserer offenen Fraktionssitzungen oder unserer Informationsstände – Einbringen von Rat und Ideen.
- Mitarbeit bei Projekten bzw. in der Fraktion als Sachkundiger Bürger in einem Ausschuss (z.B. Planung, Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Schule, Soziales, Sport, Kultur, Jugendhilfe, Aufsichtsrat Stadtwerke u.a.).
- Und vielleicht sogar eine Kandidatur bei der nächsten Wahl 2020 und die Mitarbeit in der Fraktion als Mitglied des Stadtrates.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern auch vielfältige Möglichkeiten geben, uns kennenzulernen.

- Beim „**Speed-Dating**“ an unseren Informationsständen. Samstags von 10-12h, Termine: u.a. 9.6., 23.6., 8.9. (Genaue Standorte und weitere Termine unter [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de)).
- Bei unseren **offenen Fraktionssitzungen** oder **Telefonsprechstunden** (Termine unter [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de)).
- Über unsere Homepage [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de)
- Auf **facebook**: [www.facebook.com/bmu.erkrath/](https://www.facebook.com/bmu.erkrath/).
- Am 11. Juni ab 19h im Bürgerhaus (Raum 2) „**30 Jahre BmU**“ (unsere Geburtstagsfeier mit Jahreshauptversammlung).
- Bei unserem „**Spekulatiustreffen**“ am 3. Dezember im Bürgerhaus, unsere offene und gemütliche Fraktionssitzung mit Gedanken zum vergangenen und kommenden Jahr.

**Dabei bitten wir auch unser bestehende Mitgliederschaft um ihre Mithilfe.**

## **2. Die Themen für die BmU 2017/2018 – Die Arbeit der Ratsfraktion**

Die BmU hat sich auch 2017/2017 der Verantwortung gestellt, die uns mit unseren Mandaten übertragen worden ist: Statt taktierend auf die nächste Wahl zu schießen, haben wir mit wechselnden Partnern im Rat die Geschicke unserer Stadt maßgeblich mitgestaltet. Oder bei Fehlentwicklungen (insbesondere Haushalt/Stellenplan) deutliche Kritik geäußert.

### **2.1. Thema Finanzen**

- **Haushalt 2018**

Frei nach dem Motto „Jetzt hat auch Erkrath seine große Koalition“ haben CDU und SPD den Haushalt 2018 verabschiedet.

Nachdem die BmU in den letzten Jahren mit dafür gesorgt hatte, dass Erkrath einen Haushalt aufstellen konnte, haben wir diesen für 2018 abgelehnt. Insbesondere den diesjährigen Stellenplan, der eine enorme Personalmehrung und viele Beförderungen vorsieht, konnten wir so nicht mittragen.

Wir sehen uns auch durch die Kritik des Landrates am Erkrather Haushalt bestätigt. Sinngemäß: Erkrath setzt den im kreisweiten Vergleich leider "einzigartigen negativen Trend fort." An anderer Stelle wird der Haushalt als "hochdefizitär" bezeichnet. "Die handelnden Akteure vor Ort sollten sich der daraus resultierenden Folgerisiken bewusst sein". Der Haushalt wurde nur noch mit Auflagen vom Landrat genehmigt. Der Fraktionsvorsitzende der BmU, B. Osterwind: "Damit bestätigt der Landrat indirekt die nun im zweiten Jahr vorgetragene Forderung der BmU-Ratsfraktion nach einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept."

Seit 2014 ist ein Trend zu einer Personalexplosion zu erkennen. Die Kosten sind um 36% gestiegen. Seit 2014 haben wir 10 Millionen mehr für Personal ausgegeben. Sicher, ein Teil der gestiegenen Kosten geht auf Tarifierhöhungen oder gesetzlich vorgeschriebene bzw. notwendige und rentierliche Stellen zurück, wir kritisieren aber den Anstieg in seiner Gesamtheit, zumal die Gemeindeprüfungsanstalt 2014 zu dem Ergebnis gekommen war, dass die Erkrather Verwaltung schon damals eher überdurchschnittlich besetzt war und auch der Altersschnitt vergleichbar mit anderen Kommunen ist. Unverständlich ist auch, dass das Ergebnis eines Gutachtens zur strukturellen und personellen Umorganisation des Tiefbauamtes nicht vollständig umgesetzt wird.

Nachdem - auch aus Sicht der BmU - in der Bürgermeister-Ära Werner in der Verwaltung personell zu viel gespart worden war, ist nun das andere Extrem eingetreten.

Angesichts eines Defizits von 7 Millionen €, bei angenommenen überaus guten Gewerbesteuerereinnahmen, ist die Menge der neuen Stellen und der Beförderungen aus unserer Sicht so nicht zu verantworten.

Exemplarisch sei nur die Schaffung einer dritten Beigeordnetenstelle zu nennen. Selbst größere Nachbarkommunen wie Ratingen und Velbert leisten sich keine drei Beigeordnete, Monheim kommt sogar mit einem Beigeordneten aus. In Erkrath wird nun ein Mitarbeiter mit der Stufe B2 statt A15 besoldet und zusätzlich noch eine neue A14-Stelle geschaffen, Mehrkosten im Jahr schätzungsweise 100.000€.

In diesem und anderen Punkten schlossen sich auch die Grünen unserer Kritik an, allerdings nicht ohne selber wiederum noch weitere Stellen zu beantragen. Die gleiche Meinung teilen wir hinsichtlich des Ausbaus der Kinderbetreuung, der Zustimmung zur Kooperation mit der ev. Gesamtschule Hilden zur Absicherung von mindestens 25 Gesamtschulplätzen für Erkrather Kinder, der Kritik an Standortwahl und Kostenexplosion bei der neuen Feuerwache und der grundsätzlichen Kritik an der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. Jedoch halten wir die Kritik der Grünen an den Bebauungsabsichten im Bereich Erkrath Nord für falsch, wer einerseits sozialen Wohnungsraum fordert, muss auch die notwendigen Flächen zur Verfügung stellen.

RM Jöbges (CDU) äußerte in seiner Rede „erhebliche Bedenken“ zum Haushalt und gab diesem auch nur die Note „4“. Mit einer Argumentation, mit der die CDU in den vergangenen Jahren noch ihr Nein zum Haushalt begründet hatte, rechtfertigte er nun das Ja zum Haushalt 2018. Sehr erstaunlich ist der Sinneswandel der CDU auch beim Thema des 3. Beigeordneten, nachdem diese 2013 noch die zweite Beigeordnetenstelle in Frage gestellt hatte.

Positiv jedoch, dass er den Vorschlag der BmU aus 2017, über ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept nachzudenken, argumentativ aufgegriffen hat. Leider folgten keine Taten der CDU. Auch wenn dieses „weh“ täte, ist es, wie auch der Landrat anrät, eine notwendige Maßnahme, um die Finanzen in Erkrath langfristig zu ordnen, man vergleiche die Stadt Mettmann. Mit Jöbges stimmen wir auch überein, dass es nicht Aufgabe der (ehrenamtlichen) Politik sein kann, die Schere an einzelne Haushaltsstellen und kommunale Standards zu setzen, sondern, dass hier die Verwaltung deutlich mehr als bisher gefordert ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

In dieser Hinsicht war der 2017 gegründete Arbeitskreis Finanzen leider überhaupt nicht erfolgreich. Dieser entwickelte sich in seiner Nicht-Öffentlichkeit sogar zu einer Klüngerunde außerhalb von Ausschüssen und Rat, die von der BmU abgelehnt wird. Wir wollen auch weiterhin die üblichen öffentlichen und demokratischen Wege gehen.

Die BmU hat 2011 und 2017 die Erhöhung der Grundsteuer B mitgetragen, um die Einnahmen zu erhöhen und einen Schritt in Richtung eines ausgeglichenen Haushaltes zu machen, nicht aber, um die Ausgaben im Bereich Personal zu befeuern. Letzteres gilt auch für die Schaffung neuer Gewerbegebiete.

Wir bemängeln zudem, dass die Stadt auf notwendige Entwicklungsschritte verzichtet. So hat man den Plan der Entlastungsstraße am Wimmersberg aufgegeben, für das Wohl des Investors, gegen das Gemeinwohl. Eine Entlastung für die West-Ost-Achse (Neanderstr./ Beethovenstr./ Kreuzstr.) entfällt, gerade angesichts der Bebauungspläne Erkrath Nord unklug.

Die Kosten für das Feuerwehrgerätehaus in Alt-Erkrath sind von 2,5-3 auf 6,4 Mio. €

gestiegen. Die für die Feuerwache auf dem Clever Feld von 13 auf 32 Mio. €, Ende offen. Das Gutachten für den Neubau am alten Standort hatte 18,3 Mio. angegeben, der Bau würde bereits laufen. Der Bau auf der „grünen Wiese“ hat sich dann doch nicht als billiger und schneller erwiesen, die Feuerwehrleute sind die Leidtragenden. Und diese Summen werden den Haushalt ab 2020 sprengen.

**Die ausführliche Haushaltsrede 2018 von Bernhard Osterwind finden Sie auf [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de).**

- **Rekommunalisierung der Gebäudereinigung**

Die BmU sieht sich in ihrer Haltung bestätigt, dass Privatisierungen oft nicht sinnvoll sind. Kostenreduzierungen sind doch nicht wie erhofft eingetreten und gerade hinsichtlich der Qualität und Zuverlässigkeit der Reinigung von Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Gebäuden gab es große Mängel. Die BmU ist daher dem Verwaltungsvorschlag gefolgt, dies wieder in die eigene Hand zu nehmen.

- **Neue Feuer- und Rettungswache – Bebauungsplan auf dem Cleverfeld**

Die BmU war die erste Fraktion, die vor Jahren auf die unhaltbaren Zustände der bisherigen Wache hingewiesen und ein Gutachten dazu angeregt hatte. Das entsprechende Gutachten zum Neubau am alten Standort hatte auch in zwei Varianten die gute Umsetzbarkeit am bisherigen Standort für 13,8 Millionen Euro aufgezeigt. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, die Mitarbeiter während der Bauzeit in andere (benachbarte) Gebäude zu verlegen.

Die politische Mehrheit aus SPD und CDU entschied sich dann aber für den angeblich schnelleren und günstigeren Bau auf der „grünen Wiese“. Dafür wurde das unter Naturschutz stehende Cleverfeld westlich von Lidl ausgewählt, bei dem zudem Klagen der Anwohner zu erwarten sind, die zu erheblichen Verzögerungen führen dürften.

Die BmU sieht sich heute in ihrer Einschätzung bestätigt, dass der Neubau am alten Standort günstiger und schneller gewesen wäre und der Feuerwehr eher geholfen hätte. Aktuell geht man von einem Baubeginn 2021 und der Inbetriebnahme 2023 aus, sowie von Gesamtkosten von 27-31 Millionen Euro, so ein Bericht der RP vom 19.12.17. Wir kritisieren zudem, dass CDU und SPD diese Zahlen im Feuerwehrausschuss in die Nichtöffentlichkeit gesetzt hatten und Bürgermeister Schultz sogar mit einem Ordnungsgeld drohte, wenn man auch nur diese Gesamtsumme nennen würde. Wir erwarten Transparenz und Öffentlichkeit, gerade bei solch wichtigen Fragen und werden an dem weiteren Planungsprozess konstruktiv mitarbeiten. Durch unsere Nachfragen und Kritik konnten bisher bereits einige Fehler (z.B. fehlende Gutachten) korrigiert werden.

Dennoch weist die BmU darauf hin, dass ihr Vorschlag, rechtzeitig das Projekt über ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft) zu planen und zu bauen (allerdings nicht über ÖPP zu finanzieren!), in der Anfangsplanungsphase nicht aufgegriffen worden ist. So hat u.a. Haan mit diesem Verfahren beim Bau der dortigen Feuerwache so gute

Erfahrungen (Zeitplan, sichere Planung, Spezialisten) gemacht, dass nun auch der Neubau des Gymnasiums so entsteht. Zum jetzigen Zeitpunkt der Planungen in Erkrath ist dieser Weg allerdings nicht mehr möglich.

- **Anträge im Rahmen der Städtebauförderung/Soziale Stadt**

Der Förderantrag für die **Realisierung des „Forums“** wurde einstimmig gestellt. Dort sollen das Sozialkaufhaus und andere Angebote des SKFM, die Erkrather Tafel, die Werkstatt sowie andere soziale Einrichtungen ein neues Heim finden.

Erkrath wird mit 3,385 Mio. € (bei einer Gesamtsumme von 3,761 Mio €) durch den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ gefördert. Voraussetzung war, dass Erkrath (auf Initiative der BmU) ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen und sich erfolgreich um die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ bemüht hat. Nun kann Erkrath nicht nur in diesem Fall an Programmen der Städtebauförderung teilnehmen. Nachdem es vor mehr als einem Jahr zum Thema „Soziale Stadt“ noch einen vom Bürgermeister angeführten polarisierenden Streit gegeben hatte, ist diese Entwicklung sehr erfreulich.

Außerdem gestatten die nun ermöglichte Umsiedlung der freien Träger die Bebauungsplanungen am Wimmersberg und an der Schmiedestraße.

## **2.2. Thema Stadtentwicklung, Fernwärme und Verkehr**

- **Regionalplan**

Zur Neuaufstellung des Regionalplanes Düsseldorf hat Erkrath seine dritte Stellungnahme abgegeben. Ein Verweis auf die vorherigen Stellungnahmen gegen einen Ausbau der Deponie Hubbelrath und gegen die Nichtbebauung von Kleines Bruchhaus wurde auf Drängen der BmU ergänzt.

- **Nur die BmU-Fraktion ist für die Entlastungsstraße am Wimmersberg**

Die BmU bedauert, dass die im Erkrather Stadtrat vertretenen Parteien, angeführt von den Grünen, weitergehende Überlegungen zur Realisierung der Entlastungsstraße am Wimmersberg zwischen Hochdahler Straße und Schlüterstraße abgelehnt haben. Die unabhängige Erkrather Wählergemeinschaft BmU stellt klar:

Die Entlastungsstraße ist die einzige nachhaltig wirkungsvolle Maßnahme, um die laut Lärmaktionsplan „ungesunden Lebensverhältnisse“ im Bereich Kreuzstraße, Neanderstraße, Düsseldorfer Straße zu verbessern, indem sie den Verkehr zum einen verringert und einen weiteren Teil um verteilt.

Laut Verkehrsgutachten würden in Alt-Erkrath dank der Abkürzungsfunktion der Entlastungsstraße durch die Entlastungsstraße täglich 3764 km weniger



zurückgelegt. Der BmU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Osterwind hat berechnet: „Allein durch die Verkehrsreduzierung an Werktagen ergibt sich eine jährliche CO<sub>2</sub>-Entlastung in Höhe von 165 Tonnen!“

Gerade im Hinblick auf die Bauprojekte Erkrath-Nord und Wimmersberg mit ihrem zusätzlichen Verkehrsaufkommen ist die Entlastungsstraße notwendig.

60% der Strecke der Entlastungsstraße müssen im Falle der Erschließung des Entwicklungsgebietes Wimmersberg sowieso gebaut werden. Die von den Parteien Grüne, CDU, SPD und der Verwaltung genannten Nachteile, z.B. die Kosten und die Flächenversiegelung, wiegen die Vorteile nicht auf.

Die letzte Chance, eine zweite Ost-West Verbindung durch einen kleinen Lückenschluss zu bauen, wird für immer verbaut.

- **Fernwärme**

Seit Jahren setzt sich die BmU für faire und transparentere Fernwärme-Preise ein.

Die Fernwärmepreise sind überhöht. Das zeigt auch das kartellrechtliche Verfahren gegen RWE Energiedienstleistungen (früher Favorit).

Seit vielen Jahren kämpft die BmU in ihrer Aktion „Gerechte Fernwärmepreise“ mit Unterschriftensammlung, Eingaben bei EU, Bundes- und Landesministerien für einen Schutz vor dem Fernwärmemonopol in Erkrath und bemüht dabei auch die Gremien der Stadtwerke und des Stadtrates. Die BmU hat die ungerechten Fernwärmepreise in Hochdahl gegen den Widerstand der Parteien zum Thema der Kommunalpolitik gemacht. So konnten Teilerfolge erreicht werden, indem die Anschlusswerte der Wohnungen nach Vertragsablauf neu vereinbart werden können. Viele alte Anschlusswerte sind zu hoch angesetzt und führen zu überhöhten Grundkosten.

Wir benötigen eine strategische Ausrichtung der Stadt und der Stadtwerke Erkrath im Hinblick auf den Umgang mit der Fernwärme. Dafür arbeitet u.a. Angela Klinkhammer-Neufeind im Aufsichtsrat der Stadtwerke.

Im Februar 2017 hat sich innogy (RWE) verpflichtet, 12,3 Mio. an die Kunden zurückzuzahlen. Die Gegenleistung ist, dass die Kartellbehörde ihr Verfahren wegen Preiswucher einstellt.

Über 20 Jahre ist die BmU gegen Mauern angerannt. Erst 2018 hat der Stadtrat sich einmütig hinter eine Klage gegen den Fernwärmeversorger gestellt, um für gerechte Fernwärmepreise zu sorgen. Ein ehemaliges CDU-Ratsmitglied kommentiert dies auf Facebook: "Das muss man der BmU lassen. DAS ist ihr Erfolg!!! Danke."

- **Maßnahmen-/Zeitplan für Infrastrukturprojekte**

Den vorgelegten Plan hat nur die BmU-Fraktion (neben den fraktionslosen Ratsmitgliedern Rieder und Sohn) zurückgewiesen.

Aus unserer Sicht zeigt dies nur, dass die Verwaltung organisatorisch nicht richtig

aufgestellt ist. Mit dem Ratsbeschluss wurde nun eine Arbeitsliste verabschiedet, hinter der sich die Verwaltung über Jahre verstecken kann.

Die BmU bezweifelt stark, dass dringende Projekte zügig umgesetzt werden können.

Als Beispiel sei der **Neubau der Feuer- und Rettungswache** genannt. (Siehe oben.)

Für die BmU-Fraktion beklagte Bernhard Osterwind im Hauptausschuss die „Phantasielosigkeit“ der Verwaltung. Er sah Beschleunigungsmöglichkeiten insbesondere auch beim Abbau von Standards im Straßenbau und der Realisierung mittels ÖPP Projekte. Beide Konsequenzen lässt der Maßnahmenplan vermissen. Die von der Verwaltung vorgesehene Mehrung eigenen Personals und einer Beförderungswelle führen zu einem massiven Griff in die Taschen der Bürger und zu einem weiteren dramatischen Vermögensverzehr trotz steigender Einnahmen.

- **Verkehr – Tempo 30**

Die Diskussion um ein **Tempolimit auf der Sandheider Straße** (südlicher Teil) geht weiter. Das Problem ist, dass der Bürgermeister diesen Mehrheitsbeschluss beanstandet hat.

Aus BmU-Sicht ist es nicht nachvollziehbar, dass andernorts solches machbar ist (z.B. Hansaring Köln) und selbst in Erkrath auf der Hackberger Straße/ Willbecker Straße sowie auf der Sandheider Straße (nördlicher Teil) seit mehr als 25 Jahren umgesetzt und nie beanstandet wurde. Aber da war die CDU damals dafür gewesen. Die BmU prangert diese Willkür an. Aktuell ist dies vertagt.

Die BmU kritisiert zudem, dass die der Verkehrsberuhigung dienenden Straßenschwellen von der Verwaltung deutlich flacher umgebaut wurden, diese Stücke können nun durch autogerechte Anfahrwinkel deutlich schneller befahren werden. Gerade angesichts von zunehmenden nächtlichen Rennen sieht die BmU dies als kontraproduktiv an. Vor Jahren waren die Bodenschwellen einzeln und mühsam nach kontroversen Diskussionen durch Ausschüsse und Rat beschlossen worden, nun werden sie verwaltungsseitig ohne ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit in ihrer Wirkung gemindert.

- **Ein „altes skurriles Schätzchen“ der Stadtplanung**

Der **Bebauungsplan für eine Müllverbrennung/Heizkraftwerk** nördlich des S-Bahn-Haltepunktes Millrath wurde – interessanterweise gegen die Stimmen der Grünen - aufgehoben.

51 Jahre war dieser Bebauungsplan, ein Zeugnis der ursprünglich völlig überdimensionierten Planung Hochdahls, in Vergessenheit geraten. Die Grünen begründeten ihre Ablehnung damit, dass dort ein ökologischer Ausgleich für die Fläche Cleverfeld (Neubau der Feuerwehr) „nur auf dem Papier“ erfolgen sollte. Auch wenn die BmU gegen den Neubau der Feuerwache auf dem Cleverfeld ist, ist es aus Sicht der BmU planungsrechtlich sinnvoll, die alten Planungen (Müllheizkraftwerk) aufzuheben und den neuen Besitzern bei ihren Bemühungen um Naturschutz nicht im

Wege zu stehen.

### **2.3. Thema Kinder und Familie**

- **Mangel an Plätzen in der Kinderbetreuung**

Der Mangel an Plätzen in Kitas und Tagespflege ist erschreckend. Für 2019 wird alleine eine Unterdeckung von 69 Ü3-Plätzen vorhergesagt. Die Unterdeckung für 2018 fällt geringer als befürchtet aus (118), aber dennoch werden viele Familien keinen Platz erhalten können.

Die BmU hatte in der Vergangenheit des Öfteren einen regelmäßigen Kita-Bedarfsplan angemahnt. Durch häufige Vakanz und Veränderungen im Jugendamt war dies trotz der Mahnung der BmU nicht früh genug angegangen worden.

Wir begrüßen, dass die Verwaltung für 2017 durch Schaffung von neuen Gruppen oder Mehrbelegungen den Mangel etwas lindern konnte. Aber durch die bekannten Probleme in der Bauverwaltung geht es in Sachen Neubau von zwei Kitas nicht schnell genug voran.

Im Jugendhilfeausschuss am 21.11.17 hat die Verwaltung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung ihre weiteren Bestrebungen aufgezeigt. So wird versucht in der Kita Schinkelstraße und Kattendahl jeweils eine neue Gruppe (je 25 Plätze) zu schaffen sowie in Verhandlungen mit einer Wohnungsbaugesellschaft den Neubau einer Kita in der Sandheide mit 2-3 Gruppen auf den Weg zu bringen. Auch laufen Gespräche mit den Kitas der freien Träger.

Allerdings sehen wir es kritisch, wenn Kinder gegen Kinder ausgespielt werden, wenn z.B. eine Großtagespflege-Gruppe (mit 9 U3-Kindern) einer neuen Kita-Gruppe weichen soll. Hier muss die Stadt der Großtagespflege helfen, neue Räume zu finden.

- **Jährliche Anhebung der Elternbeiträge für Kitas und Tagespflege**

Im Rat haben CDU und SPD dafür gestimmt, dass die Elternbeiträge für Kita- und Tagespflegeplätze nun jedes Jahr um 2% steigen werden.

Zusammen mit Grünen und einigen fraktionslosen Ratsmitgliedern hat die BmU dies abgelehnt. Die BmU sieht, dass eine regelmäßige Anhebung der Beiträge durchaus vertretbar ist. Wie auch der Jugendamtselternbeirat (die Elternvertretung in der Vorschulzeit) bemängeln wir allerdings, dass nach zwei Erhöhungsrunden 2016 und 2017 mit teilweise starken Beitragssprüngen jetzt schon wieder eine Erhöhung erfolgt, und dass die ursprünglich mal angedachten 1-1,5% überschritten werden.

Grundsätzlich hatte die BmU eine Änderung der Beitragstabellen begrüßt, um das Ganze transparenter und gerechter zu gestalten. Die BmU hatte selbst zwei neue Vorschläge dazu eingebracht, welche auch die Beitragsfreistellung von Einkommen unter 25000€ und die Einführung von neuen Einkommensgruppen über die bis dahin

gültigen 62000€ hinaus enthielten. Den Kompromiss von CDU und SPD für 2016 konnten wir allerdings nicht mittragen, da einige Einkommensgruppen dadurch eine aus unserer Sicht zu starke Erhöhung erfahren haben. Zudem haben wir abgelehnt, dass bereits eine Erhöhung für 2017 beschlossen wurde, ohne dass man genaue Zahlen aus dem ersten Erhöhungsschritt vorliegen hatte. Eine schrittweise Erhöhung in moderaterer Form hätten wir unterstützt.

- **Planung der Spielplätze**

Bei der Planung der Spielplätze zeigt sich, dass die Umfrageaktion der BmU zum Thema Spielplätze aus 2016 Früchte getragen hat. So sind für 2017 und 2018 von Eltern genannten Projekte in die städtische Planung aufgenommen worden. Leider werden die Projekte aber oft nur mit erheblicher Verzögerung umgesetzt. So müssen die Kinder in der Gretenberg seit 2 Jahren auf den neuen Spielplatz warten.

2018 soll zudem ein Spielplatzbedarfsplan erstellt werden.

## **2.4. Thema Schule**

- **Mehrheit für den Schulentwicklungsplan und gegen die so genannte Gesamtschul-„Bedarfsabfrage“:**

Zusammen mit der CDU hat die BmU für den Schulentwicklungsplan gestimmt. Zudem wurde der BmU-Antrag gegen Widerstand von Bürgermeister und CDU angenommen, dass die Stadt mit allen benachbarten Trägern Gespräche über eine Kooperation bezüglich Gesamtschulplätze für Erkrather Kinder führen soll.

Obgleich ich gerne und überzeugt Gesamtschullehrer bin, komme ich wie meine BmU-Kollegen aus sachlichen Erwägungen (man vergleiche den aktuellen Schulentwicklungsplan) allerdings zu dem Ergebnis, dass eine Gesamtschulneugründung in Erkrath nicht sinnvoll ist.

Da die BmU aber auch den Wunsch der Eltern, die die Gesamtschule bevorzugen, berücksichtigt, hat sie im Schulausschuss (ASS) den Antrag gestellt, dass die Stadt mit den Trägern von bestehenden und beabsichtigten benachbarten Gesamtschulen Gespräche zu Kooperationen führt, damit Erkrather Kinder den gewünschten Platz bekommen können. Dies wurde im ASS bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen der CDU auch angenommen. Mit der ev. Gesamtschule Hilden wurde mittlerweile ein Aufnahmekontingent von mindestens 25 Erkrather Kindern vereinbart.

Zum Schulentwicklungsplan im Einzelnen:

Die Gesamtsituation: Die Schullandschaft in Erkrath ist laut Schulentwicklungsplan in Primar- und Sekundarstufe vielfältig und stabil. Erfreulich, dass gerade die Hauptschule Hochdahl und die Realschule Erkrath mehr Anmeldungen verzeichnen konnten und die Anzahl der Auspendler zurückgegangen ist.

Das Schulangebot in Erkrath ist differenziert und in einem hohen Maße durchlässig. Insbesondere die andernorts unbeliebte Hauptschule hat in Hochdahl hervorragende Bedingungen und leistet eine ausgezeichnete Arbeit, so dass in der Tat dort kein Kind zurückgelassen wird. Diese Struktur zu zerschlagen, wäre leichtsinnig und leichtfertig. Die weiterführenden Schulen in Hochdahl haben sich zur „Bildungslandschaft am Schulzentrum Hochdahl“ zusammengeschlossen. Über die bisherige Kooperation hinaus wird somit die Zusammenarbeit und Durchlässigkeit zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium weiter erhöht. Man könnte hier eigentlich sogar im Sinne der Gesamtschuldiskussion der 70er Jahre von einer Art kooperativen Gesamtschule sprechen.

Der Schulentwicklungsplan gibt kein schlüssiges Konzept für die Einrichtung einer Gesamtschule in Erkrath. Der Gutachter Bieber sagt selber: „Für die Gründung einer Gesamtschule gibt es keine überzeugende Lösung“. Daher hält es die BmU zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht für richtig, eine Gesamtschulneugründung in Erkrath anzustreben.

Gegen ein Meinungsbild der Elternschaft (aller Jahrgänge), welches in einer unabhängigen und fairen Abfrage ermittelt würde, hätte die BmU nichts einzuwenden. Die von SPD und Grünen stetig beantragte Bedarfsabfrage müssen wir aber ablehnen, da sie für die Stadt verbindlich wäre. Das hat nichts mit Intoleranz zu tun, sondern ist der gesetzlichen Lage geschuldet: Würden sich von etwa 350 Eltern (der 3. Klässler) nur mindestens 100 für eine Gesamtschule aussprechen, so ist die Stadt verpflichtet diese einzurichten, eine Minderheit könnte über die Mehrheit bestimmen. Folge: mindestens 2 weiterführende Schulen, wenn nicht sogar 4, müssten dafür geschlossen werden. Ein nicht unwahrscheinliches Szenario wäre, dass die Gesamtschule in einem Ortsteil, das Gymnasium im anderen wäre, die sehr gut arbeitende Hauptschule und mindestens eine Realschule sowie ein Gymnasium würden geschlossen (man vergleiche den SEP). Die Auswahl an Schulen würde drastisch sinken und die Schulwege würden insgesamt deutlich länger. Insgesamt wäre die Neugründung einer Gesamtschule auch laut Gutachter für die Stadt finanziell und organisatorisch aktuell nicht leistbar. Dass SPD und Grüne angesichts von Feuerwehrneubauten, Neubauten von zwei Kitas, Neubau von Wohngebäuden für Geflüchtete, Programm Soziale Stadt (mit dem Neubau der Grundschule Sandheide) usw. hier noch ein Großprojekt anschieben wollen, zeigt fehlenden Realitätssinn.

Unsere Priorität liegt im Schulbereich vielmehr darin, den Sanierungsstau an allen Schulen abzuarbeiten (der Defekt an der überalterten Elektrotechnik der Sechseckschule, der zu einem zweitägigen Unterrichtsausfall führte, sollte Mahnung genug sein) und an den Neubau der GS Sandheide zu gehen.

Außerdem ist es geboten, im Hinblick auf die neue Landesregierung abzuwarten, welche Strukturänderungen definitiv auf den Weg gebracht werden. Die Nachfrage nach Gesamtschule dürfte nicht unwesentlich abnehmen und die für das Gymnasium zunehmen, wenn wenigstens wieder ein Gymnasium das Abitur nach 9 Jahren anbieten würde.

Und eine Bedarfsabfrage ist aus Sicht der BmU auch nur dann sinnvoll, wenn man

den Eltern überzeugende, verantwortbare und ehrliche Varianten zu einer zukünftigen Schullandschaft in Erkrath zur Auswahl geben kann.

Diese jetzt einfach durchzuführen (Grüne, SPD), klingt zwar bürgernah, könnte aber die Schullandschaft per Minderheitenvotum auf den Kopf stellen und würde die Resultate des Schulentwicklungsplanes ignorieren.

Eine Bedarfsabfrage hat übrigens auch die Stadtschulpflegschaft abgelehnt und dieser Beschluss ist von den Elternvertretern der Erkrather Schulen einstimmig gefasst worden. Ihr Vertreter im Ausschuss wandte sich gegen „die Kanibalisierung der Schullandschaft“. Durch eine Gesamtschule in Erkrath gäbe es nicht mehr, sondern durch diverse Schulschließungen weniger Auswahlmöglichkeiten. Auch wies er darauf hin, dass gerade der Elternschaft in den Grundschulen die Konsequenzen einer Gesamtschulgründung nicht klar wären, hier seien auch mehr Informationen über die bestehenden Schulen nötig. Die Eltern wünschen sich ein Zeichen pro Erkrather Schulen, die BmU gibt dieses wie oben beschrieben gerne.

Allerdings irrt die RP, wenn sie meint, das Thema Gesamtschule sei in Erkrath „vom Tisch“ und endgültig beschieden. Es wird uns in Erkrath sicher auch weiterhin beschäftigen.

- **Anmeldungen der Erstklässler/ Beschränkung der Zügigkeiten**

Es zeigt sich, dass es in Hochdahl zu einem Ungleichgewicht an den Grundschulen kommt. Bei 78 Anmeldungen für 2018 muss die Sechseckschule 22 Kinder abweisen. Zum einen wurde die Schule gegen das Votum der BmU auf 2 Klassen begrenzt und zum anderen bräuchte man dort mehr Raum. Hier sind Verwaltung und Politik gefordert, dass dem Elternwillen auch Rechnung getragen wird. Es werden nun erkrathweit 16 Klassen gebildet, obgleich 17 möglich wären. Pädagogisch nicht sinnvoll.

Die BmU-Fraktion hat sich klar **gegen die Festlegung der Zügigkeit** bei den Grundschulen und den weiterführenden Schulen ausgesprochen. Aus unserer Sicht ist dies eine Engführung. Dass die alte flexiblere Regelung aufgegeben wird, führt dazu, dass der Elternwille weniger gehört wird.

- **BmU-Anfrage zum technischen Stand der Schulgebäude**

Diese hat leider aufgezeigt, dass die Stadtverwaltung darüber erstaunlich wenig weiß und kein Sanierungsplan existiert. Einstimmig hat dies der Schulausschuss nun auf BmU-Antrag hin beauftragt.

Anlass war der mehrtägige Unterrichtsausfall an einer Grundschule, da die elektrische Versorgung komplett den Geist aufgegeben hatte und die Schule nicht genutzt werden durfte. Die Stadt hat aus unserer Sicht dafür Sorge zu tragen, dass den Kindern und Eltern solche Vorfälle erspart bleiben.

## **2.5. Thema Umwelt**

- **Klage gegen die Erweiterung der Deponie Hubbelrath**

Seit vielen Jahren kämpft die BmU gegen die stetigen Erweiterungen der Deponie Hubbelrath und kritisiert die ausbleibenden Sanierungsmaßnahmen.

Gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Erhöhung und Erweiterung in Richtung Süden (Erkrath) muss die Stadt aus Sicht der BmU Klage einreichen.

Dass dort nicht nur harmloser Bauschutt abgelagert wird, hat sich im Frühjahr gezeigt. Im Kreis Euskirchen sind pech-, PAK-, arsen- und bleihaltige -somit krebserregende- Abfälle bei Straßenbaumaßnahmen angefallen, die offensichtlich in Hubbelrath deponiert wurden.

- **Einstimmige Resolution gegen die CO-Pipeline**

Wir hatten in der Vergangenheit zwar schon ausführlichere Resolutionen gegen die Gasleitung mit dem giftigen Kohlenstoffmonoxid, aber angesichts der vergangenen NRW-Wahl hat der Rat einstimmig Landesregierung NRW und – dazu war ein Ergänzungsantrag der BmU notwendig: - die Fraktionen im Landtag NRW aufgefordert, „alle Möglichkeiten gegen eine Inbetriebnahme der CO-Pipeline zu ergreifen“. Zumal im Koalitionsvertrag von CDU und FDP zwar nicht konkret die CO-Pipeline angesprochen wird, aber „die Infrastruktur an Gasleitungen in NRW gefördert“ werden soll.

Die BmU ist der Auffassung, dass der Landtag als Gesetzgeber das zugrundeliegende Enteignungsgesetz aufheben muss. Es ist bitter, dass das bislang nicht gelungen ist.

- **Insektensterben**

Die BmU hat das Thema „Insektensterben“ auf die Agenda gebracht.

Wie auch in der Presse berichtet, hat die BmU dieses brisante ökologische Thema in die Erkrather Diskussion gebracht. Die BmU ist der Ansicht, dass die Stadt bei Verpachtungen darauf achten sollte, dass diese Flächen entsprechend bearbeitet werden. Die Ansicht der CDU, dass man einfach zu wenig darüber wisse, teilt die BmU nicht. Der Rückgang gerade der Bienen ist auch bei uns zu beobachten und besorgniserregend. Die Verwaltung lehnte den BmU-Antrag ab.

Auf Antrag der SPD wurden keine Maßnahmen beschlossen, sondern die Diskussion vertagt, da ein beteiligter Mitarbeiter der Stadt erkrankt war. Die BmU fordert, dass die Verwaltung ihre Überlegungen in einer Vorlage nachvollziehbar darlegt.

- **Rattenplage**

Eine Anfrage der SPD zur Rattenplage in Sandheide hat die BmU in ihrer Ablehnung der 2016 geänderten Verordnung zur Rattenbekämpfung bestätigt. Nur die BmU war

der Ansicht gewesen, dass die alte Regelung, dass die Stadt auch für Privatgrundstücke die Bekämpfung in Auftrag gegeben hat, die richtige war. Jetzt zeigt sich, dass Grundstückseigentümer dies aus Kostengründen nicht immer von sich aus angehen.

## 2.6. Thema Soziales

- **VRR-Sozialticket**

Die BmU hat die Resolution für die Fortführung des VRR-Sozialtickets unterstützt, dieses ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Sache insbesondere für Erkrath und zur Mobilisierung von Arbeitskräften. In Erkrath gibt es besonders viele ältere Mitbürger, welche auf diese Vergünstigung angewiesen sind.

Dagegen stimmte nur Frau Berkenbusch (ehem. FDP-Fraktion), die CDU nahm an der Abstimmung nicht teil. Zwischenzeitlich hatte die CDU-FDP-Landesregierung angekündigt, das Sozialticket schrittweise abzubauen und die eingesparten Mittel in den Straßenbau zu stecken. Ausgang offen.

Die BmU dazu eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet, u.a.: Wie viele Bürger wären in Erkrath betroffen? Welche Kosten würde ein kommunal finanziertes Sozialticket verursachen? Inwiefern ist der Vorschlag der Landesregierung mit dem Konnexivitätsgebot vereinbar?

- **Friedhofssatzung: Grabsteine nicht aus Kinderarbeit**

Die Friedhofsordnung der städtischen Friedhöfe wurde u.a. um einen Verweis auf § 4a BestG NRW erweitert. Grabmäler und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen demnach nicht aus Kinderarbeit stammen.

2007 hatte die BmU dieses Thema erstmalig in den Erkrather Rat gebracht. Damals wurde beschlossen, dass bei Anschaffungen der Stadt nur Dinge gekauft werden, die den Leitlinien der internationalen Arbeitsorganisation ILO entsprechen, d.h. z.B. ohne Kinderarbeit produziert worden sind. Seit 10 Jahren wurden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen. „Vergaberecht hat keinen Vorrang vor elementarem Kinderrecht“ so Bernhard Osterwind für die BmU.

- **Ein Zeichen gegen Diktatur, Verfolgung und Unterdrückung:  
Die BmU schenkt der Hauptschule einen „Korbinian“-Apfelbaum**

Der Baum ist ein Dankeschön der BmU an die Schule, in welcher die BmU seit vielen Jahren regelmäßig ihre Fraktionssitzungen abhalten kann und deren pädagogische Arbeit sie sehr schätzt.

Gezüchtet wurde die Sorte „Korbinian“ von dem katholischen Geistlichen Korbinian Aigner, der seinen Widerstand im Dritten Reich mit Gefängnis und sogenannter „Schutzhaft“ – diese zuletzt im KZ Dachau – bezahlen musste. Eine Äußerung während des Religionsunterrichtes wurde ihm zum Verhängnis. Während der



Zwangsarbeit in Dachau legte Pfarrer Aigner verbotener Weise eine kleine Zucht von Apfelbäumchen an, die er aus Kernen jener Äpfel entwickelte, die ihm treue und wohlgesonnene Gemeindemitglieder in die Haft schickten. Bei der Räumung des Lagers Dachau im Frühjahr 1945, als alle Insassen auf den berüchtigten Todesmarsch geschickt wurden, konnte Pfarrer Aigner sogar vier seiner in der Haft gezüchteten Sämlinge mitnehmen und konnte diese aufziehen, nachdem ihm glücklich die Flucht während des Todesmarsch gelungen war. Er nannte sie KZ eins, KZ zwei, KZ drei und KZ vier. Ein Schüler von Korbinian Aigner nannte KZ 3 nach dem Tod von Aigner in Korbiniansapfel um.

Was liegt angesichts dieser Entstehungsgeschichte dieses Apfelbaumes näher, als im Jahr des 500. Gedenkens an die Reformation von 1517 an den Luther zugeschriebenen Satz zu denken: „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht, so würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen.“

Damit verweist dieses Geschenk an die Schule auch darauf, dass die Zucht des Korbinian Apfelbaumes eine politische Stellungnahme gegen Diktatur und Unterdrückung und ein Plädoyer für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist.

Die BmU möchte damit ihren Beitrag zur Erinnerungskultur leisten.

Zusätzlich wurde neben dem Baum ein erläuternder Gedenkstein errichtet.

### **3. Wir wollen auch in Zukunft noch viel bewegen**

Damit wir und alle kommenden Generationen ein lebenswertes Erkrath vorfinden. Themen gibt es in Hülle und Fülle, u.a.:

- Kontinuierliche Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes.  
Erkrath soll seine natürliche Lebensqualität bewahren und mit dieser Vision u.a. in städtebaulicher, familienorientierter, wirtschaftlicher bzw. sozialer Sicht attraktiver werden.  
Auch muss Erkrath mehr auf den demografischen Wandel der Gesellschaft vorbereitet sein und für die altersgerechte Gestaltung des Lebensumfeldes sorgen, u.a. durch Beseitigung von Stolperfallen auf Geh- und Radwegen.
- Faire Fernwärmepreise und der Ausbau von Breitband (echtes Highspeed-Glasfasernetz), kostenlosem WLAN und E-Mobilität.  
Die Stadtwerke sollten ihr Geld in Erkrath investieren, nicht in Beteiligungen von Anlagen außerhalb Erkraths.

- Konsolidierung der Finanzen.  
Die Ausgaben müssen den Einnahmen angepasst werden. Im Sach- und Personalbereich ist auf kostspielige Prestigeobjekte zu verzichten.
- Landschaftsschutz und Naturschutz: Erhalt unserer Freiflächen (wie Kleines Bruchhaus) und der Artenvielfalt.  
Sanierung der undichten Deponie Hubbelrath.
- Lärmschutz (insbesondere auch angesichts des Autobahnausbaus).
- Ausbau der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Tagespflege und Offener Ganztagschule bei verträglichen Gebühren.
- Abbau des Sanierungsstaus in den Schulen, Kitas und anderen städtischen Immobilien.
- Umsetzen eines Spielplatzbedarfsplanes unter Berücksichtigung der Kinder unter 3 Jahren.
- Präventionsprojekte im Bereich Jugendhilfe stärken (Eltern-Kind-Cafés, Familienhebammen, Frühe Hilfen u.a.).
- Realisierung des Radverkehrskonzeptes. Erhalt bzw. Verbesserung des ÖPNV-Angebotes.
- Erarbeitung eines Integrationskonzeptes.
- Deutliche Wertschätzung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.
- u.v.a.m.

für den Vorstand der *BmU* e.V.

Christian Ritt, Vorsitzender

Kirchberg 36, 40699 Erkrath-Hochdahl

[Ch.Ritt@bmu-erkath.de](mailto:Ch.Ritt@bmu-erkath.de)

